

Solidarität

mit den Beschäftigten der BVG und Berlin Transport

DIE LINKE.

Der Bezirksverband DIE LINKE Neukölln erklärt seine Solidarität mit den Tarifforderungen der Beschäftigten und dem Warnstreik bei der BVG und der Berlin Transport.

Die Forderung nach einem Abschluss etwas über der Inflationsrate ist äußerst moderat, nachdem die Beschäftigten schon in der Tarifrunde 2010 mit drei Prozent Lohnerhöhung auf 24 Monate einen Reallohnverlust hinnehmen mußten.

Auch mit seinem letzten Angebot von 4,9 Prozent Lohnerhöhung auf drei Jahre hat SPD-geführte Senat deutlich gemacht, dass er trotz aller politischer Lippenbekenntnisse für angemessene Löhne erneut Reallohnkürzungen bei den Beschäftigten durchsetzen will.

Ein deutlich spürbarer Warnstreik wird den Senat hoffentlich zum Einlenken bewegen. Die Verantwortung für die Behinderung im öffentlichen Nahverkehr trägt der Senat, der versucht, die Probleme der mangelnden Finanzausstattung der Länder und Kommunen auf deren Beschäftigte abzuwälzen.

Berlin braucht ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrssystem und dazu gehört auch eine angemessene Bezahlung derjenigen, die mit ihrer Arbeit den Betrieb aufrechterhalten.

Während immer wieder milliardenschwere Rettungspakete für Banken und Spekulanten geschnürt werden, soll die Masse der Bevölkerung die Zeche zahlen.

DIE LINKE fordert eine deutlich höhere Besteuerung der Reichen, damit die sozialen Aufgaben der öffentlichen Hand auskömmlich finanziert werden können.

17. Februar 2012
Bezirksvorstand DIE LINKE Neukölln

DIE LINKE Bezirksverband Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin
Telefon 030 6135919
www.die-linke-neukoelln.de

V.i.S.d.P.: Ruben Lehmert

Solidarität

mit den Beschäftigten der BVG und Berlin Transport

DIE LINKE.

Der Bezirksverband DIE LINKE Neukölln erklärt seine Solidarität mit den Tarifforderungen der Beschäftigten und dem Warnstreik bei der BVG und der Berlin Transport.

Die Forderung nach einem Abschluss etwas über der Inflationsrate ist äußerst moderat, nachdem die Beschäftigten schon in der Tarifrunde 2010 mit drei Prozent Lohnerhöhung auf 24 Monate einen Reallohnverlust hinnehmen mußten.

Auch mit seinem letzten Angebot von 4,9 Prozent Lohnerhöhung auf drei Jahre hat SPD-geführte Senat deutlich gemacht, dass er trotz aller politischer Lippenbekenntnisse für angemessene Löhne erneut Reallohnkürzungen bei den Beschäftigten durchsetzen will.

Ein deutlich spürbarer Warnstreik wird den Senat hoffentlich zum Einlenken bewegen. Die Verantwortung für die Behinderung im öffentlichen Nahverkehr trägt der Senat, der versucht, die Probleme der mangelnden Finanzausstattung der Länder und Kommunen auf deren Beschäftigte abzuwälzen.

Berlin braucht ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrssystem und dazu gehört auch eine angemessene Bezahlung derjenigen, die mit ihrer Arbeit den Betrieb aufrechterhalten.

Während immer wieder milliardenschwere Rettungspakete für Banken und Spekulanten geschnürt werden, soll die Masse der Bevölkerung die Zeche zahlen.

DIE LINKE fordert eine deutlich höhere Besteuerung der Reichen, damit die sozialen Aufgaben der öffentlichen Hand auskömmlich finanziert werden können.

17. Februar 2012
Bezirksvorstand DIE LINKE Neukölln

DIE LINKE Bezirksverband Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin
Telefon 030 6135919
www.die-linke-neukoelln.de

V.i.S.d.P.: Ruben Lehmert